

HAMBURG/DEN 22. JULI 1921

WIRTSCHAFTSDIENST

DEUTSCHER VOLKSWIRT

HERAUSGEGEBEN VOM HAMBURGISCHEN WELT-WIRTSCHAFTS-ARCHIV

JAHRESPREIS BEI DER POST UND IM BUCHHANDEL 72 MARK :: IN KOMMISSION BEI OTTO MEISSNERS VERLAG/HAMBURG :: SCHRIFTFÜHRUNG: HAMBURG 36/ROTHENBAUMCHAUSSEE 5

FERNSPRECHER HANSA 2447-51 UND ELBE 5052

VI. JAHRGANG

NR. 29

Steuerquelle und Wirtschaftsform II

Bei der Beratung des Reichshaushaltsplanes für 1920 sagte der Abgeordnete Gustav Stresemann am 29. Oktober 1920 das Folgende:

„Ich möchte dem Herrn Reichsfinanzminister und dem Kabinett die Frage zur Erwägung geben, ob sich nicht bei einer Weiterentwicklung der Organisation unserer Wirtschaft einmal die Möglichkeit ergeben wird, unsere Industrieorganisationen zu Steuerträgern zu machen und uns damit davor zu bewahren, daß allmählich die Zahl der Beamten in ein Mißverhältnis zur Zahl der Bevölkerung tritt, das gar nicht zu vertreten ist. (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.) Wir werden nur zwei Möglichkeiten haben: Produktionsförderung auf der einen Seite und Sparsamkeit auf der anderen Seite, und ich bitte, um dieses Wort nicht zu blutlos zu lassen, uns einmal mitzuteilen, wie weit es möglich gewesen ist, die von allen Seiten als zu groß bezeichnete Zahl der Hilfskräfte in den Reichsbetrieben auf ein erträgliches Maß herabzumindern.“ (Stenogr. Berichte S. 875 A.)

Diese Verknüpfung des Steuerproblems mit der Beamtenzahl berührt in der Tat einen so entscheidenden Punkt, daß wir es für notwendig halten, seiner Erörterung einige statistische Angaben vorausschicken. Die Zahl der Beamtenstellen beim Reich, der inzwischen auf das Reich übergegangenen Eisenbahn-, Zoll- und Steuerverwaltungen der Länder, sowie der Postverwaltungen von Bayern und Württemberg betrug laut Reichshaushaltsplan 1914 542 936, 1920 688 023.

Der Zuwachs beträgt also 145 087 Stellen, das heißt 26,7 %, was jedoch bei der notwendigen Berücksichtigung der Gebietsverkleinerung des Reiches tatsächlich 40,8 % bedeutet.

Die Beamtenzahl der Reichsfinanzverwaltung ist von 35 792 im Jahre 1914, in welcher Zahl die übernommenen Beamten der Länder eingeschlossen sind, um 19 467 auf 55 259 gestiegen, eine Zuwachsrate von 71,5 %, auf den heutigen Gebietsumfang berechnet.

Die Zahl der Beamten in den Ländern ist, unter Nichtberücksichtigung der Landespolizei, um mehr als 30 % gewachsen, der Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern um über 27 %. Von besonderem Interesse ist, daß hier die besetzten Gebiete größere Aufwendungen fordern. Der städtische Beamtenzuwachs im besetzten Westen beträgt 49,7 %, in Oberschlesien 46 %.

An sich deuten diese Zahlen nun durchaus noch nicht auf eine wirklich gefährdende Entwicklung, zumal wenn bedacht wird, daß ein erheblicher Teil der Beamten in den — zwar augenblicklich mit Verlust arbeitenden — Erwerbsunternehmungen des Reiches beschäftigt ist.

Die Gefahr liegt aber darin, daß der quantitativen Vermehrung eine qualitative Verschlechterung entspricht. Eine Verschlechterung nicht etwa im moralischen Sinne, sondern im Sinne der Begabung, geistigen Spannung und Initiative. Dieser negativen Auslese kann der Staat heute weniger denn jemals vorbeugen, weil er nicht in der Lage ist, seinen qualifizierten Arbeitskräften die gleiche Bezahlung zu gewähren, wie die großen Erwerbsunternehmungen. Soweit heute noch mittlere und hohe Beamte von überdurchschnittlicher Begabung im Staatsdienst ausharren, ist dies durchweg mit Opfern an Lebenskraft und Vermögen verknüpft, von denen sich die Allgemeinheit nur in sehr unzulänglicher Weise Rechenschaft gibt. Denn wirklich wird hier Raubbau am Geist getrieben. In früheren Zeiten glich die besondere Berufsehre die Differenz an äußeren Lebensgütern aus. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist aber einerseits der Unterschied der Einkommensgrößen außerordentlich gewachsen, andererseits jenes Mehr an sozialer Geltung fast völlig dahingeschwunden. Denn die Beamten Ehre des Deutschland von 1914 wurzelte in einem besonderen Treueverhältnis zum dynastischen Träger des Staats- und Reichsgedankens, und in einer allgemeinen Wertung der bestehenden Staatsform, die noch nicht widerspruchlos auf die neue übergegangen ist. An sich ist es gewiß nicht minder ehrenvoll, von der Volksgesamtheit Amt und Auftrag zu empfangen. Aber dieses in der Verfassung niedergelegte staatsrechtliche Verhältnis hat sich noch nicht soweit zu einem seelischen Band verdichtet, um den Beamten mit der Aussicht auf Proletarisierung seiner eigenen Lebensform, gewiß aber der der Nachkommenschaft, versöhnen zu können.

Angesichts solcher Einschränkung der materiellen, solcher Auflockerung der ideellen Grundlagen des Beamtenberufes bleibt für die allgemeinen Verwaltungsgebiete nur der Weg, den „Volksauftrag“ einerseits durch angemessene Entlohnung, andererseits durch Stärkung des Staatsbewußtseins wieder leichter ausführbar zu machen. Dazu gehört freilich auch eine Versittlichung des politischen Kampfes. Solange die jeweiligen Oppositionsparteien unterschiedslos dem vornehmen Brauch huldigen, wider besseres Wissen die Regierung nicht nur für ihre wirklichen Handlungen oder Unterlassungen, sondern auch für die bestehende Gesamtsituation, die doch Ergebnis einer geschichtlichen Entwicklung ist, verantwortlich zu machen, und gleichzeitig das von jeder Regierungskonstellation unabhängige Treueverhältnis der Volksgenossen zum Staate selbst in Zweifel zu ziehen, wird es kaum gelingen, wirklich aufrechte Männer zu veranlassen, im Wechsel der Ministerien ihre Begabung

dauernd für die leitenden Posten der Verwaltung zur Verfügung zu stellen.

Aber auch nach Stärkung der erwähnten Faktoren wird der Staat nicht in der Lage sein, sich regelmäßig die besten Kräfte zu sichern. Denn während er früher gegenüber dem mit der spezifischen Beamtenausbildung versehenen durchweg in der „Position des einzig Nachfragenden“ war, konkurrieren heute alle Organisationen des Wirtschaftslebens mit ihm um die tüchtigsten Funktionäre, die sie keineswegs nur durch das materielle Interesse, sondern auch durch die Gewährung größerer Wirkungsfreiheit an sich locken. Diese Tendenz ist nicht an sich, sondern nur in ihrer bedrohlichen Stärke jüngsten Datums. Schon im Jahre 1905 wurde im Verein für Sozialpolitik, bei der Erörterung des Verhältnisses der Kartelle zum Staat, festgestellt:

„Wir müssen damit rechnen, daß immer mehr diejenigen Elemente sich vom Staatsdienst zurückziehen, die vor allen Dingen im Leben nach Betätigung ihrer Initiativkraft, ihrer persönlichen Meinung, ihrer Entschlußkraft sich sehen; immermehr werden diejenigen in den Vordergrund rücken, die lediglich die Ruhe, und wie es vorhin sarkastisch ausgedrückt wurde, die Pension für Frau und Kinder erreichen wollen. Das liegt in der Natur der Sache, weil eben früher unser Beamtenstaat seiner Beamtenschaft die Führung im wirtschaftlichen und sozialen Leben übertragen hatte, während heute diese Führung abgetreten worden ist und damit dieser ideale Anreiz weggefallen ist.“ (Schriften, Bd. 116, S. 407.)

Es ist höchst lehrreich, daß schon damals, beim ersten Dämmern der heute verwirklichten Sachlage, Gustav Schmoller, der tiefstes Verständnis sowohl für die Beamtenaufgaben, als auch für die Wirtschaft hatte, den Gedanken erwog, ob man nicht die in die Industrie und das Bankwesen übergehenden tüchtigen Beamten in irgend einer Form auch fernerhin auf das Staatsinteresse verpflichten könne.

Jetzt sind wir in der Tat soweit, daß dies zur zwingenden Notwendigkeit wird. Die Steuerdelegation ist nur ein Ausschnitt des Problems. Die Beamtenflucht, zugleich aber auch die wachsende Komplizierung der Staatsaufgaben, macht eine Delegation von Verwaltungsaufgaben an diejenigen Körperschaften erforderlich, die dem Staat nicht nur die Beamten rauben, sondern die auch durch Ausbildung eines Organisationsgefühls mit ihm in Wettbewerb treten, kraft dessen sich der Einzelne bei einer Interessenkollision oft für den engeren Verband und gegen den Staat entscheidet.

Wie es heute eine Ehrenpflicht der Wirtschaftsführer ist, gleichviel ob Gewerkschaftsbeamter, Großunternehmer oder Bankherr, dem Staate für besondere politische Aufträge zur Verfügung zu stehen, so werden sich auch die in die Wirtschaft übergehenden Beamten mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß der Staat ihnen einen Teil der bisher von ihnen bearbeiteten Akten nachsendet mit dem Ersuchen, sie auch ferner so zu erledigen, als ob das gelöste Treuverhältnis noch fortbestünde.

Es bleibt Staat und Wirtschaft, beiden im eigensten Interesse, kein anderer Weg. Die direkten Steuern haben, — dies war auch die Meinung der gegnerischen Sachverständigen in Brüssel — das Maß des faktisch und psychologisch Möglichen längst überschritten; dazu sind auch die indirekten zum Teil der Grenze ihrer Ertragsfähigkeit nahe (vergl. hierzu auch Stolper, Deutsch-Österreich, S. 258 ff.).

Deshalb muß akkordiert werden. Einmal, um dem Staat die Aussicht auf feste Einnahmen zu eröffnen, sodann aber auch, um die offene, moralauflösende Fehde zwischen Staat und Steuerzahler zu beenden. Solcher Akkord kann aber, da moderne Verwaltung grundsätzlich „ohne Ansehen

der Person“ geführt werden muß, nur mit vom Staate legiti-
mierten Körperschaften erfolgen. Der ideelle Nutzen eines solchen Friedensschlusses liegt beim Staatsbürger, denn durch ihn wird sein Gewissen wieder lastenfrei; der praktische Nutzen liegt überwiegend beim Staate selbst, denn nur dann wird er erhalten, worauf ihm steuerrechtlich ein Anspruch zusteht.

Es ist erst kürzlich wieder (von Max Weber) ausgeführt worden, daß die bürokratische Verwaltung bedeute: Herrschaft kraft Wissen, insbesondere kraft „aktenkundigen“ Dienstwissens. „Überlegen ist der Bürokratie an Wissen: Fachwissen und Tatsachenkenntnis innerhalb seines Interessenbereichs, regelmäßig nur: der private Erwerbsinteressent.“ Diese Überlegenheit konnte hingenommen werden, so lange die Steuerleistungen ein relativ bescheidenes Maß nicht zu überschreiten brauchten und überdies an Merkmale anknüpfen konnten, die sich mit geringer Mühe „aktenkundig“ machen ließen, zumal ihrer Bekanntwerdung kein hartnäckiger Widerstand entgegengesetzt wurde. Gerade dies aber hat sich entscheidend geändert. Zwischen Staat und Erwerbswirtschaft ist ein heftiger Kampf um das „Geheimnis“ entbrannt, das dem Staate nicht nur aus finanziellen Gründen vorenthalten wird, sondern weil Zweifel daran, daß kein Beamter das erlangte Dienstwissen mißbrauchen werde, in dieser unruhigen Übergangsepoche nicht unbegründet sind. Nach der Struktur unseres Steuersystems ist es aber für den Staat bitter nötig, zu wissen, welchen „Reinverdienst“ jedes physische oder juristische Steuersubjekt wirklich erworben hat. Schon in normalen Zeiten mußte hier Vertrauen die vollkommene Durchdringung der Vermögenslage ersetzen; immerhin gab es viele direkte und indirekte Kontrollmöglichkeiten, zumal sich bei ungestörter Wirtschaft für jeden Erwerbszweig gewisse Normen für Abschreibungen und Rückstellungen herausbildeten, deren Verletzung im Einzelfalle gerechtfertigt werden mußte. Diese Durchsichtigkeit hat die Wirtschaft infolge der Preisumwälzung, auch infolge des Eindringens anderer Personenelemente, gänzlich verloren; die Erreichung eines neuen Beharrungszustandes ist in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Insbesondere fehlt, bei der Verschränkung von „Goldwerten“ und „Papierwerten“ (so schief diese Ausdrücke übrigens auch vielfach verwandt werden) jede Möglichkeit, Regeln für die Aufteilung von Bruttogewinnen aufzustellen, und damit den Teil objektiv abzugrenzen, auf den der Staat als Steuerquelle ein Anrecht hat.

Die Verhältnisse sind aber, soweit überhaupt, von einer Stelle aus erkennbar: in den Zentralverwaltungen der Kartelle, Syndikate und ähnlicher körperschaftsartiger Gebilde. Wollte aber der Staat nun auf den Einfall kommen, dieses Wissen durch seine Beamten zu „beschlagnehmen“, so würde es schon am Tage darauf nicht mehr wahr sein: das Vexierschloß des Geldschranks würde alsbald auf ein neues Kennwort umgestellt werden. Die in den modernen Verbandsleistungen konzentrierte Sachkenntnis kann nur im Einvernehmen mit den Interessenten für öffentliche Aufgaben nutzbar gemacht werden. Unter dieser Voraussetzung aber kann sie es, weil hier inmitten der erwerbswirtschaftlichen Gebilde Verwaltungsapparate vorhanden sind, deren lebendige Kräfte durchweg dem Staate entzogen wurden. Diesen Verlust aber wird er ertragen können, wenn der unendlich überlegene Arbeitsrhythmus der Wirtschaft in den Dienst seiner Finanzpolitik gestellt wird.

Die „Entbürokratisierung“ der Finanzpolitik wäre damit erreicht. Aber sie wäre zu teuer erkauft, wenn der Staat gegen eine bestimmte Summe den Konsumenten der Willkür monopolistischer Erwerbsorganisationen preisgeben würde. Wie

dieses Dilemma zu lösen ist, ohne die Wirtschaft unter Polizeizwang zu stellen, hat der folgende Aufsatz zu erörtern. Das Ergebnis darf schon jetzt vorweggenommen werden: nicht für jeden Erwerbszweig kann Steuerdelegation erfolgen; sie ist nur unter bestimmten produktions- und absatztechnischen Vor-

aussetzungen möglich, und darf vor allem nicht dazu führen, die Aktionsstarre des Staatsbeamtenwesens auf eine terminhaft geschäftige Wirtschaftsbureaukratie von fragwürdiger Legitimität zu übertragen.

Eduard Rosenbaum

Die Völkerbundaktion für Deutsch-Österreich

Politik und Wirtschaftspolitik Deutsch-Österreichs sind seit Monaten vollständig von der Kreditaktion des Völkerbundes beherrscht, die als Erfolg einer Londoner Reise des deutsch-österreichischen Bundeskanzlers im Auftrag des Obersten Rates eingeleitet wurde. Obwohl seither dreieinhalb Monate verstrichen sind, haben die Großmächte noch nicht einmal die formalen Voraussetzungen für eine Kreditbeschaffung erfüllt: Die Suspendierung ihres Generalpfandrechts an den deutsch-österreichischen Aktiven für eine Zeitdauer von wenigstens zwanzig Jahren. Die Zustimmung Italiens und Jugoslawiens steht noch aus, aber es wird angekündigt, daß schließlich auch Italien keine Schwierigkeiten bereiten wird, obwohl sein bisheriges Zögern völlig unerklärlich ist. Inzwischen hat die Aktion bereits zu einem Regierungswechsel in Deutsch-Österreich geführt. Das Kabinett Mayr ist zurückgetreten, weil nach Tirol und Salzburg auch Steiermark eine Volksabstimmung für den Anschluß an Deutschland veranstalten wollte und Drohungen der großen und kleinen Entente, deren Tragweite freilich nicht sicher abzuschätzen ist, annehmen ließen, daß diese Anschlußpropaganda die Kreditaktion, mit der sich die Regierung indentifizierte, zum Scheitern bringen könnte. Der Nachfolger Professor Mayrs ist der bekannte Polizeipräsident Dr. Schöber, dessen Beamtenkabinett je ein christlichsozialer und großdeutscher Parlamentarier als Verbindungsmann zu den beiden Regierungsparteien angehört, der aber, wie sein Vorgänger, die weitere Verfolgung der Kreditaktion und damit den vorläufigen — allerdings bis zum Herbst befristeten — Verzicht auf die Anschlußpropaganda zum Mittelpunkt seines Programms gemacht hat.

Aber was das Finanzkomitee des Völkerbundes bisher unternommen hat, flößt viel mehr Besorgnis als Hoffnung ein. Ende April sind drei Delegierte des Völkerbundes, der Däne Staatsrat Glückstad, der Franzose Avenol und der Engländer Drummond-Fraser mit der Wiener Regierung in Verhandlungen getreten, nachdem sie vorher Vertreter der Banken, der Industrie, der Gewerkschaften und Parlamentarier angehört hatten, und haben ihr am 28. 4. ein Memorandum überreicht, das die Grundzüge der Hilfsaktion darlegte. Die Regierung hat dieses Memorandum mit einer Note vom 9. 5. ausführlich und zustimmend beantwortet, nachdem sie auf Verlangen der Völkerbundsdelegierten vorher sämtliche drei Parteien des Nationalrates auf die zur Durchführung des Programmes notwendigen Maßnahmen verpflichtet hatte. Die Delegierten haben in London dem Finanzkomitee darüber berichtet, das nun seinerseits Mitte Juni dem Obersten Rat seine „endgültige Antwort“ auf dessen Anfrage vom 17. 3. erteilte. Man kann nicht behaupten, daß sich diese Antwort durch übermäßige Klarheit auszeichnet, und wie im Auslande die große „Sanierungsaktion“ beurteilt wird, das scheint die Tatsache anzudeuten, daß inzwischen die deutsch-österreichische Krone einen bisher noch niemals verzeichneten Tiefstand erreicht hat. In Zürich gelten 100 deutsch-österreichische Kronen nur noch 88 Centimes.

Als Voraussetzungen der ganzen Aktion werden, wie erwähnt, die Suspension des Generalpfandrechts, sowie

eine Reihe von Maßnahmen bezeichnet, die Deutsch-Österreich selbst zur Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt zu ergreifen hat. Handelt es sich dort um einen bloßen Willensakt politischer Art, so zeigt die Forderung, daß Deutsch-Österreich seinen Staatshaushalt in Ordnung bringen müßte, ohne daß die Mittel und Wege dazu angegeben wären, von einem völligen Mißverstehen des deutsch-österreichischen Problems. Denn wäre Deutsch-Österreich dazu durch bloße Finanzmaßnahmen imstande, dann brauchte es nicht den Völkerbund oder sonst eine organisierte Auslandshilfe. In Wirklichkeit aber ist das deutsch-österreichische Budgetdefizit nichts anderes als ein Spiegelbild des deutsch-österreichischen Wirtschaftsdefizites und kann daher nur zugleich mit diesem, d. h. durch innere Kräftigung und Ausgestaltung der deutsch-österreichischen Wirtschaft behoben werden. Davon aber ist in dem Programm des Finanzkomitees — im Gegensatz zu dem seinerzeitigen, in London verworfenen Sanierungsprogramm der Wiener Sektion der Reparationskommission — mit keinem Wort die Rede.

Das Komitee erwähnt drei gleichgeordnete Drittel der Wiederherstellung Deutsch-Österreichs: 1. die Durchführung einer Währungsreform mittels einer Notenbank, 2. die Herstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalt, 3. die Aufnahme einer inneren Anleihe, welche genügend groß ist, um die Stillegung der Notenpresse zu ermöglichen. Die Notenbank müsse sobald als möglich errichtet werden. Offenbar um schweren Besorgnissen, die in der deutsch-österreichischen Öffentlichkeit laut geworden sind, zu begegnen, fügt die „endgültige Antwort“ hinzu, daß „es nicht notwendig sei, gleichzeitig auch mit der Währungsreform zu beginnen. Das Komitee halte dafür, daß die Vorbereitungen für diese Reform im einzelnen von der Bank selbst getroffen werden müßten.“ Näheres über die Notenbankpläne weiß man aus den Mitteilungen der deutsch-österreichischen Regierung. Die neue Notenbank soll die gegenwärtige Notenzirkulation als Schuld des Staates übernehmen, der zu ihrer Sicherung insbesondere die Einkünfte aus dem Tabakmonopol, aus dem Zollgefälle und den Staatsforsten verpfänden soll. Der Staat soll ferner der Bank die ihm etwa aus der Liquidation der Österreichisch-ungarischen Bank zufallenden Aktiven übergeben, welche ihm entsprechend dem Wert der Notenschuld gutgebracht werden. Er wird ferner Bareingänge, die ihm aus der Veräußerung von Staatsvermögen zufließen sollten, zur Rückzahlung auf seine Schuld an die Bank verwenden. Natürlich würde die Verwaltung der Bank, die formell paritätisch gedacht ist, tatsächlich unter dem beherrschenden Einfluß des ausländischen Kapitals stehen. Um von allen politischen Bedenken abzusehen — eine mit solchen Privilegien ausgestattete Notenbank kann zum ernstesten Hindernis eines Anschlusses Deutsch-Österreichs an das Reich werden —, so fragt man vergeblich, welchen Nutzen diese Notenbank für Deutsch-Österreich zu bewirken vermag. Daß die eine Zeitlang offenbar aufgebene Absicht einer sofortigen Devaluation aufgegeben zu sein scheint, ist gewiß erfreulich. Aber schon eine Stabilisierung des Kronenkurses ist doch auf längere Sicht nur zu erreichen, wenn irgendwelche Finanzmächte bereit und imstande sind, für

das Defizit der Zahlungsbilanz Deutsch-Österreichs aufzukommen. Das Aktienkapital und der sonst irgendwie zu beschaffende Metallschatz der neuen Notenbank kommen dafür nicht in Betracht. Bestenfalls mag er durch Kapitaleinzahlung (man denkt an ein Aktienkapital von 100 Mill. schweiz. fr) und durch Auslandskredit auf 300 Mill. steigen, eine Summe, die das Defizit der Zahlungsbilanz Deutsch-Österreichs bei eingeschränktem Verbrauch vielleicht für ein halbes Jahr deckt. Aber wenn nicht das schwach fundierte Vertrauen zur neuen Notenbank sofort zerstört werden soll, wird der Metallschatz der Bank nicht angerührt werden dürfen.

Der Kurs der Krone würde sich natürlich — mit oder ohne Notenbank — heben, wenn der Staat in der Lage wäre die Notenpresse stillzulegen und zunächst wenigstens sein eigenes Defizit zu beseitigen. Das Finanzkomitee will „die Wahl der Mittel zur Herstellung des budgetären Gleichgewichtes unter Vorbehalt eines allgemeinen Aufsichtsrechtes der Kontrollkommission (von der noch zu sprechen sein wird) der am Ruder befindlichen Regierung überlassen“. Aber diese Liberalität bedeutet geringen Gewinn. In Wien hat das Finanzkomitee die Beseitigung der Lebensmittelzuschüsse, den Abbau des Beamtenapparates, Erhöhungen der Verbrauchssteuern und Tarifierhöhungen der öffentlichen Betriebe gefordert — lauter Selbstverständlichkeiten, von denen es nur zweifelhaft ist, ob sie dem Ziel der Herstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalt wesentlich näher bringen. Der vor kurzem eingebrachte Staatsvoranschlag für das zweite Halbjahr 1921 (um ein ganzes Jahr zu überblicken, sind somit die Ziffern zu verdoppeln) sieht Ausgaben von 49,5 und Einnahmen von 24,1, somit ein Defizit von 25,4 Milliarden vor. Zieht man die Einnahmen und Ausgaben der Monopole und Betriebe als durchlaufende Posten ab und berücksichtigt lediglich ihr Reinergebnis, so stehen 37,5 Milliarden Ausgaben bloß 12,2 Milliarden Einnahmen gegenüber. Von dem Defizit entfallen 10,3 Milliarden auf Lebensmittelzuschüsse, 6,5 Milliarden auf das Defizit der Staatsbetriebe und Monopole (insbesondere der Eisenbahnen) und 4,6 Milliarden auf den Staatsschuldendienst. Nun hängt sowohl der Betrag der Lebensmittelzuschüsse wie des Schuldendienstes vom Valutastand ab. Wenn die Krone sich in Zürich nur von 1 auf 2 hebt, vermindert sich der Preis der eingeführten Lebensmittel und die Verzinsung der Auslandsschuld auf die Hälfte, aber zugleich wohl auch die Ergiebigkeit der meisten direkten und indirekten Abgaben und insbesondere der Zölle, auf die bereits ein 100facher, bzw. für gewisse Finanzzollartikel und Luxuswaren ein 130facher Zoll eingehoben wird und die ungefähr ein Drittel der öffentlichen Abgaben darstellen. Wäre selbst der Staat imstande ohne Rücksicht auf die revolutionierenden Wirkungen einer solchen Maßnahme den Brot- und Mehlpreis auf das Fünffache zu erhöhen (um ihn auf die Weltmarktparität zu bringen), so wäre er doch gezwungen, die Differenz mindestens den Staatsangestellten, bzw. denjenigen Landes- und Gemeindebeamten, die aus Bundesmitteln bezahlt werden, zu vergüten. Nun stehen gegenwärtig (mit Einschluß der Bahnen, Post, Telegraph und sonstigen Betrieben) 264 000 Personen mit einem Familienstand von 752 000 Köpfen im aktiven Dienst des Staates, dazu kommen rund 90 000 Pensionempfänger. Mit den Lehrern und sonstigen Angestellten der Länder und Gemeinden, die aus Staatszuschüssen erhalten werden, wären die Mehrkosten von Brot und Mehl somit für rund 1 Mill. Menschen aufzuzahlen. Nimmt man sie mit rund 5000 K je Kopf und Jahr an, so wären das bereits 5 Milliarden. Mindestens der gleiche Betrag wäre zur Entschädigung für die durch eine solche Maßnahme bewirkte allgemeine Verteuerung aller Bedarfsartikel aufzuwenden, dazu

kämen mindestens 3 Milliarden für verteuerten Sachaufwand des Staates als des größten Unternehmers und Verwalters und schließlich wäre eine entsprechende Erhöhung der Arbeitslosenunterstützungen, der Invaliden-, Witwen- und Waisenrenten unvermeidlich. Der mögliche finanzielle Gewinn würde somit auf vielleicht 5 bis 6 Milliarden jährlich zusammenschrumpfen, d. h. das Defizit würde um ein Zehntel verringert sein und dafür eine Erschütterung der Wirtschaft und des sozialen Gefüges in Kauf genommen, deren Konsequenzen niemand auszudenken vermag. Daß eine solche Aufbesserung der Bezüge der öffentlichen Angestellten nicht zu umgehen wäre, begründet die Tatsache, daß die jährlichen Durchschnittsbezüge der öffentlichen Angestellten in Deutsch-Österreich selbst nach der scharfen Erhöhung in den letzten Monaten erst 120 000 K, also rund 12 000 M betragen! Es ist klar, daß ein solches Einkommen nicht einen Brotpreis von 60 bis 70 K verträgt. Aber auch aus der Preis- und Tarifierhöhung der Betriebe und Monopole, sowie aus der Erhöhung der indirekten Steuern ist nicht allzuviel zu erwarten. Die Erhöhung der Tabakpreise ist bereits ab 1. 7. vorweggenommen, aber ihr Erträgnis deckt bloß einen Teil der Ausgaben, die seit der Einbringung des Voranschlages erst hinzugekommen sind, trägt also nichts zur Verminderung des Defizites bei. Und die Durchschnittspreise der Tabakerzeugnisse sind heute in Deutsch-Österreich bereits weit höher als für gleiche Qualitäten in Deutschland. Dasselbe gilt von der jüngst verfügten Tarifierhöhung auf den Eisenbahnen, wodurch die Tarife zum Teil bereits der Geldentwertung vorangeeilt sind. Die Aussichten auf eine Beseitigung des Defizites im Rahmen des heutigen Steuersystems sind also recht gering.

Ganz unbegreiflich ist aber das Verlangen nach einer inneren Anleihe, die hinreichen soll um das durch Steuern ungedeckte Defizit ohne Notenpresse zu decken. Deutsch-Österreich hat eine permanente innere Anleihe auf liegen, die 6 %igen Schatzscheine, die bisher nur einen sehr schwachen Erfolg aufzuweisen haben. Wie man daneben noch durch eine innere Anleihe 15 bis 20 Milliarden aufbringen soll (auf soviel schätzt die Regierung selbst das Defizit nach Durchführung der angekündigten Steuer- und Tarifierhöhungen) wüßte niemand anzugeben. In der Übergangszeit bis zur Sanierung von Währung und Staatsfinanzen — es ist dafür ein Zeitraum von bloß zwei Jahren in Aussicht genommen! — soll ein ausländischer Kredit für die Bezahlung der einzuführenden Lebensmittel aufkommen und Deutsch-Österreich dafür vorerst Vorschüsse erhalten. Über die Höhe dieses Kredites bestehen keinerlei bindende Abmachungen. In den Verhandlungen wurde unverbindlich die Ziffer von insgesamt 500 Mill. schweiz. fr genannt. Das tatsächliche Defizit der deutsch-österreichischen Handelsbilanz habe ich vor kurzem für das Jahr 1920 allein auf 900 bis 1200 Mill. fr berechnet! Aber selbst die Aufbringung jener weit geringeren Summe ist zweifelhaft und die Bedingungen, an die dieser Kredit geknüpft wird, sind schlechthin unerträglich. Für den Kredit sollen nicht nur die wichtigsten Staatseinnahmen, also insbesondere Tabakmonopol, Zölle, Staatsforsten verpfändet, sondern außerdem eine Garantiehypothek auf den gesamten öffentlichen und privaten unbeweglichen Besitz von 4 % des Vorkriegswertes eingeräumt werden, wozu noch 2 % zur Sicherung der inneren Anleihe kämen. Und dazu soll die tatsächliche Finanzhoheit einer Kontrollkommission überantwortet werden, die aus vier Vertretern des Finanzkomitees und nur drei Vertretern der österreichischen Regierung bestehen soll! (In den Wiener Verhandlungen war von österreichischer Seite wenigstens die Parität vorgeschlagen worden.)

Währungsexperimente, Budgetexperimente, Verlust der Souveränität, aber nicht die geringste bindende Zusage wirk-samer, dauernder Hilfe — das ist es, was das Finanzprojekt des Völkerbundes Deutsch-Österreich in Aussicht stellt. Es steht bisher nur in seinen Umrissen fest, aber man weiß nicht, wie weit sich diese werden modifizieren lassen, und noch weniger, wie weit das Völkerbundkomitee überhaupt bereit ist, auf die berechtigten Wünsche Deutsch-Österreichs einzugehen. Auch ist nicht zu sehen, wie der Völkerbund, von dessen Aktionen sich die einzige kapitalkräftige Macht, Amerika, pein-

lich fernhält, bei der gegenwärtigen Lage des internationalen Geldmarktes große Kreditsummen aufbringen könnte. Aber Deutsch-Österreich ist heute willenloses Objekt der fremden Mächte. Es kann Fragen aufwerfen, Wünsche aussprechen, aber es ist nicht in der Lage Bedingungen zu stellen, weil es auf die Hilfe des Auslandes angewiesen ist: Eine Sanierung dieses Staates, eine Lösung des deutsch-österreichischen Wirtschaftsproblems kann man von der Aktion des Völkerbundes kaum mehr erhoffen.

Wien, 30. Juni 1921.

Dr. Gustav Stolper

England

Die Wirtschaftskrise im ersten Halbjahr 1921

Der Abschluß des Kalenderhalbjahrs bildet einen geeigneten Moment um einen Rückblick auf die Entwicklung der ver-flossenen Zeit zu werfen. England hat eine Depression durch-gemacht, wie sie in der Geschichte der Völker fast regelmäßig eine Folgeerscheinung großer Kriege gewesen ist. Verschärft wurde sie vorwiegend durch zwei Momente: auf der einen Seite war es der Kohlenstreik, der volle drei Monate dauerte. Auf seine Bedeutung für die englische Volkswirtschaft im all-gemeinen wird in einem besonderen Aufsatz einzugehen sein, in den nachstehenden Zeilen aber muß bei allen statistischen Angaben und allen sonstigen Erscheinungen im Auge behalten werden, daß vom 1. 4. bis zum 1. 7. die Kohlengruben ruhten, und daß Kohlen innerhalb dieser Zeit nur durch Import oder aus alten Lägern zu beschaffen waren; die Kohleneinfuhr hat im ganzen weniger als 2 Mill. tons betragen, d. i. etwa die Hälfte dessen, was sonst in einer Woche in England produ-ziert wird. In englischen und schottischen Gruben selbst wur-den durch Streikbrecher in der Streikperiode nur etwa 180 000 tons gefördert. Der Verbrauch an Petroleum und Benzin hat weitreichend die Kohlen ersetzt; die Einfuhr an diesen Mate-rialien ist auch erheblich gestiegen, konnte aber nicht entfernt ausreichen, um den Ausfall zu decken. Immerhin hat der Kohlenstreik die Verwendung von Explosionsmotoren an Stelle der Kohlenfeuerung in der Industrie wie auch im Schiffbau wesentlich gefördert, ja es ist sogar eine Reihe alter Unter-nahmen dazu geschritten, ihre Maschinen umbauen zu lassen. Dies gilt insbesondere auch von städtischen Elektrizitäts-werken, die sich von dem Monopol der Miners' Federation unabhängig machen wollten. Auch der Straßenverkehr wurde mit Benzin statt mit Kohlen bewältigt, d. h. an Stelle des stark reduzierten Tubeverkehrs benutzte man Benzinomnibusse oder Autos. Für die Überwindung der Kohlenkrise für die Ver-braucher kam ferner wesentlich in Betracht, daß in der warmen Jahreszeit Hausbrand nur in der Küche gebraucht wird und die Industrie, infolge der wirtschaftlichen Depression keinen Be-darf an Kohlen hatte.

Das zweite Moment liegt in der Tatsache, daß der Kampf, der in England bewußt gegen die Inflation geführt wird, eine künstliche Versteifung der Geldmärkte und somit eine Ent-mittigung des kapitalistischen Unternehmers mit sich bringt. Es ist wohl selten eine Zeit so arger Depression mit so hohem Zinsfuß verbunden gewesen, wie gegenwärtig in England. Noch bis in den April hatte der Banksatz eine Höhe von 7 %; erst am 28. 4. 21 fand, wie in Nr. 20 ausgeführt, die Ermäßigung auf 6½ % statt und erst am 23. 6. um weitere ½ % auf 6 %. Beide Male scheint die Bank von England dem amerikanischen Beispiel gefolgt zu sein, nicht autonom gehandelt zu haben. Die letzte Herabsetzung des Zinsfußes fiel umsomehr auf, als sie vor dem Halbjahrsschluß erfolgte und noch vor Beendigung

des Kohlenstreiks. Aber die Flüssigkeit des Geldmarkts und die Leichtigkeit, mit der er über den Halbjahrstermin hinweg-kam — kein Wunder, wenn Handel und Wandel ruht —, be-wiesen, daß er nicht voreilig vorgenommen worden war. Der Bankausweis am Ende des Halbjahrs war normal; die Reserve etwas geringer als in der Vorwoche, aber mit 17,8 Mill. £ nicht ungewöhnlich niedrig. Auch die Reserve der Currency-Notes, ohne deren Berücksichtigung ja gegenwärtig jede Beur-teilung englischer monetärer Verhältnisse stets schief bleiben müß, ist nicht in Anspruch genommen worden, sie betrug Ende des Quartals rund 45 Mill. £, die gesamte Geldreserve rund 62 Mill. £, war also viel größer als vor dem Krieg, selbst unter Berücksichtigung der Entwertung. Und trotzdem der hohe Zinsfuß!

Der hohe offizielle Zinsfuß läßt die Regierung nicht davor zurückschrecken, ihre kurzfristigen Darlehen in langfristige zu konvertieren. Das entspricht nicht eigentlich englischem Finanzbrauch und offenbar auch nicht der ursprünglichen Absicht, die bei der Finanzierung des Krieges mit kurzfristigen Mitteln bestand. Aber Not kennt kein Gebot. Die letzte große Konversionsanleihe hat die Er-wartungen nicht erfüllt, die schwebenden Verbindlichkeiten des Schatzamts sind weiter gestiegen und zwar um 100 Mill. Treasury-Bills seit Beginn des neuen Finanzjahres; am 30. 6. 21 waren davon 1,222 Mill. £ im Umlauf. Der Bank von England schuldete die Regierung 39 Mill. £. Dazu kommen noch 71 Mill. 5 % Exchequer-Bonds, die am 1. 10. fällig werden, 80 Mill. Auslandsschulden, die im Verlauf dieses Jahres zurückzu-zahlen sind, 30 Mill. 5¼ % Exchequer-Bonds, die im Februar und ebensovielen zu 5 %, die im April nächsten Jahres ablaufen. In kurzen Abständen folgen dann weitere große innere Zah-lungen aus fälligen Kriegsverbindlichkeiten. Abhilfe und zwar schnelle Abhilfe ist daher erforderlich. Nicht unerheblich mögen zu dem Beschluß, die neue Anleihe jetzt herauszubringen, die Kosten beigetragen haben, die durch den Kohlenstreik der Re-gierung erwachsen sind. Sie setzen sich nach Mitteilungen von Sir Robert Horne im Unterhaus vom 5. 7. zusammen aus:

Truppenaufgebot.	7 000 000 £	men über Beile-
Marineaufgebot ..	1 225 000 "	gung des Streiks
Luftfahrt	330 000 "	10 000 000 £
Anderer Notstands-		Vergüt. a. d. Eisen-
maßregeln	300 000 "	bahn, gemäß Ga-
Unterstützung der		rantieabkom. für
Kohlenarbeiter		ausgefall. Züge,
gemäß Abkom-		vorauss. über ..
		10 000 000 "
		Zus. mindestens ..
		28 855 000 £

Ob schon für diese Kosten im Extraordinarium des Etats Vorsorge getroffen ist, müssen sie dennoch, wenigstens vor-übergehend dazu führen, daß die schwebenden Verbindlichkeiten anwachsen.

Entsprechend der allgemein schlechten Wirtschaftslage und den hohen Geldsätzen ist die neue Anlage für die Regierung nicht gerade günstig. Die neuen Bonds werden mit 97 ausgegeben, 1929 al pari zurückgezahlt und tragen 5½ % Zinsen, werfen also eine Rendite von fast 6 % ab.

Wenden wir uns nunmehr anderen Momenten zu, die man als bedeutsam für die wirtschaftliche Lage des Landes zu betrachten pflegt. Wie es natürlich ist in einer Zeit der Depression, in der noch obendrein Kohlen nicht zu haben sind, hat die Arbeitslosigkeit in erschreckender Weise zugenommen: sie betrug unter den Gewerkschaften, die Angaben darüber machten, im Januar 7 %, Ende März dagegen schon über 10 %, noch bevor der Kohlenstreik ausgebrochen war. Abgesehen vom Jahr 1912, in dem bekanntlich ein Kohlenstreik herrschte, war das der höchste Prozentsatz seit 20 Jahren. Durch den Ausbruch des Kohlenstreiks wurde jedoch alles in Schatten gestellt, was bisher in bezug auf Arbeitslosigkeit bekannt gewesen ist. Schon Ende April betrug die Zahl der Arbeitslosen ausschließlich Kohlenarbeiter 17,6 %, Ende Mai 22,2 %. Dazu kommen noch hunderttausende von Personen mit verkürzter Arbeitszeit,* im ganzen kann man annehmen, daß von drei englischen Arbeitern einer ohne Beschäftigung war; das bedeutet bei der staatlichen Versicherung gegen Arbeitslosigkeit auch für den Staatshaushalt eine erhebliche Belastung. Der Reservefonds der Arbeitslosenversicherungskasse ist schon längst aufgezehrt worden, der einmalige staatliche Zuschuß von 10 Mill. £ desgleichen, und in einem neuen Ergänzungsgesetz zum Arbeitslosenversicherungsgesetz ist u. a. eine weitere Nachbewilligung beantragt und genehmigt worden. Seit Abschluß des Kohlenstreiks sind die Zahlen der Arbeitslosigkeit im Abnehmen begriffen.

Eine erfreuliche Erscheinung ist in der Zeit der Depression festzustellen: das ist der allmähliche Rückgang des Preisniveaus. Die Indexzahlen des „Economist“, die wir zum Beleg in üblicher Weise wiedergeben wollen, zeigen folgendes Bild:

Datum	Getreide und Fleisch	Andere Nahrungsmittel	Textilien	Mineralien	Versch., wie Kautsch., Öle, Holz	Insgesamt	Veränderung in %
Grundlage 1901/05.	500	900	500	400	500	2200	100,0
Ende Juli... 1914.	579	352	616½	464½	553	2565	116,6
„ Dezbr. „	714	414½	609	476	686½	2800	127,3
„ 1915.	897	446	731	711½	848½	3634	165,1
„ 1916.	1294	553	1124½	824½	1112	4908	223,0
„ 1917.	1286½	686	1684½	839½	1348½	5845	263,2
„ 1918.	1303	782½	1805½	866	1337	6094	277,0
„ 1919.	1441½	881½	2442½	1145	1453½	7364	334,7
„ 1920.	1344	805	1284	1216	1275	5924	269,3
„ Januar 1921.	1295½	797	1187	1128½	1209	5617	255,3
„ Februar „	1176½	771	1038	1053	1137½	5176	235,3
„ März „	1212	727	1030	1003	1125	5097	231,7
„ April „	1196	723	1031	936	1043	4929	224,0
„ Mai „	1195	691	996	963	1065	4910	223,2
„ Juni „	1174½	665	973	973	1023½	4810	218,6

Dem entspricht es auch, daß die Lebenshaltungskosten nach der „Labour Gazette“ von ihrem höchsten Stand im November 1920, 176 % über dem Durchschnitt von 1914, auf 119 % herabgegangen sind, wofür namentlich eine Verbilligung der Lebensmittel die Ursache ist.

Das ist ein erheblicher Preisfall, der, wenn man vereinzelten Zeitungstimmen Glauben schenken darf — und sie scheinen im ganzen zuverlässig —, wieder auf die Konjunktur einen belebenden Einfluß ausüben wird. Andererseits bringt in Eng-

land das jetzt weitverbreitete System der an die Lebenshaltung angepaßten gleitenden Lohnskalen einen automatischen Rückgang des Lohnniveaus mit sich, der dann wenigstens theoretisch wiederum einen weiteren Preisrückgang inaugrieren kann.

Praktisch wird dies zunächst für die Eisenbahnen werden, deren Ausgaben ja zum erheblichen Teil aus Löhnen bestehen, und bei denen die Tarifpolitik der staatlichen Kontrolle untersteht. Eine wesentliche Herabsetzung der Personentarife steht in der Tat bevor.

Eine auffallende Erscheinung in der Depression ist die geringe Zahl bedeutender Zahlungseinstellungen. Soweit uns bekannt, sind solche von Belang, außer in der Tuchindustrie, in jüngster Zeit überhaupt nicht vorgekommen; das ist ein Beweis für die im Grunde gesunden Verhältnisse der englischen Industrie und ihre durch die Excess Profits Duty geförderte Abschreibungspolitik, die sie vorteilhaft von den französischen Zuständen unterscheidet.

Bei oberflächlicher Betrachtung kommt in den Gewinnen industrieller Gesellschaften (ausschließlich Bank-, Versicherungs-, Eisenbahn- und Bergwerksunternehmen), wie sie der „Economist“ regelmäßig veröffentlicht, die Depression noch nicht zum Ausdruck. Mit 138½ Mill. £ gegen 126,8 schließen die Gewinn- und Verlustrechnungen von 1353 Gesellschaften ab.

	Anzahl der Gesellschaft.	Bilanzmäßige Gewinne im Jahre 1919/20 in 1000 £	Bilanzmäßige Gewinne im Jahre 1920/21 in 1000 £	Unterschied (+ —) gegen das Vorjahr in 1000 £	Unterschied (+ —) in %
1920 Juli/Sept.	252	19 045	27 032	+ 7 987	+ 41,9
„ Okt./Dez.	354	21 727	27 634	+ 5 907	+ 27,1
1921 Jan./März....	412	41 916	43 388	+ 1 472	+ 3,5
„ April/Mai....	355	44 173	40 467	— 3 706	— 8,4
Zusammen 1353		126 861	138 521	+ 11 660	+ 9,2

Aber es handelt sich dabei nicht um Gewinne, die im laufenden Jahr erzielt wurden, sondern um die Analyse von im laufenden Jahr publizierten Jahresbilanzen, deren Abschlußtermin also mindestens ein Vierteljahr, oft aber noch länger zurückliegt.

Dagegen zeigen die Außenhandelszahlen ein geradezu erschreckendes Bild der Depression.

	Wertzahlen in 1000 £:					
	Juni		Mai		April	
	1920	1921	1920	1921	1920	1921
Gesamteinfuhr...	170 266	88 182	166 416	86 308	167 130	89 996
Brit. Ausfuhr...	116 352	38 252	119 319	43 088	106 252	59 868
Wiederausfuhr...	20 124	7 083	20 259	7 231	20 407	8 524
Gesamtausfuhr...	136 476	45 235	139 578	50 319	126 659	68 390
Einfuhrüberschuß	33 789	42 947	26 738	35 989	40 471	21 605

	1. Halbjahr 1921		Abnahme in 1921 gegen 1920	
	1920	1921		in %
Gesamteinfuhr...	1 083 038	571 691	461 346	44,6
Britische Ausfuhr.	637 467	368 895	268 572	42,1
Wiederausfuhr...	135 891	49 686	82 205	63,7
Gesamtausfuhr...	773 358	418 581	354 777	45,8
Einfuhrüberschuß	259 680	153 111	106 569	41,1

Es ist Schönfärberei, wenn es in der englischen Presse immer wieder heißt, dies sei die Folge des Kohlenstreiks; Kohlenstreik und Depression sind ein untrennbares Ganzes, denn die Industrie hätte ihn nicht so lange durchgehalten, wenn sie Aufträge erhalten hätte. Auch der an sich erfreuliche Rückgang des Passivsaldo der Handelsbilanz von 260,6 auf 153,1 Mill. £ im ersten Halbjahr darf nicht zu Trugschlüssen führen, denn durch die Depression in der Seeschifffahrt sind auch die Komponenten der sogenannten unsichtbaren Ausfuhr wesentlich zurückgegangen.

Dr. Th. Plaut

* Die „Labour Gazette“ vom Juli, die die Juni-Zahlen enthält, war bei Drucklegung dieser Zeilen noch nicht erschienen.

Japan

Das Problem der Versorgung mit Kohlen, Öl, Eisen und Stahl

Japans Expansionspolitik auf dem asiatischen Festland ist nicht nur von militär- und machtpolitischen Gesichtspunkten maßgebend beeinflusst worden. Wirtschaftliche Gründe und Sorgen spielten bei den Entschlüssen der japanischen Staatsmänner keine geringe Rolle. Sie werden für die künftige Festlandspolitik Japans von noch größerer Bedeutung sein, weil nicht so sehr der Absatz nach dem nordost-asiatischen Festland — Korea, Mandschurei, Mongolei und Schantung — eine Lebensfrage für Japan ist, sondern weil die gegen jeden Zugriff zu Wasser und zu Lande gesicherte Versorgung der japanischen Industrie und Schiffahrt mit Kohle, Öl, Eisen und Stahl aus den genannten Gebieten überhaupt erst die machtpolitische Stellung Japans gewährleistet. Der Erwerb der reichen Kohlen- und Eisenlager in Schantung war für Japans Eintritt in den Krieg bestimmender als die vorgeschobenen Verpflichtungen aus dem englisch-japanischen Bündnisvertrag und die Erinnerung an die Einmischung von Schimonoseki. Was es bedeutet, in Kriegszeiten in lebenswichtigen Rohstoffen und Fabrikaten vom Ausland abhängig zu sein, hat Japan schon als Bundesgenosse Englands und der Vereinigten Staaten in drastischer Weise erfahren müssen. Die unbedingte Sicherung der wirtschaftlichen Voraussetzungen für die künftige Auseinandersetzung mit dem Angelsachsentum und die weitere Entwicklung von Industrie und Wirtschaft wird die nie verschwindende Sorge und das unverrückbare Ziel der japanischen Politik sein.

Vor der Wiedererstehung des japanischen Kaisertums (1868) war der Verbrauch von Kohlen äußerst gering. Sie wurde nur als Ersatz von Holz als Hausbrandkohle, zum Heizen der Salzpflanzen und als Heizkohle für die fremden Schiffe verwandt. Die Gewinnung war äußerst primitiv. Noch im Jahre 1874 betrug die Gesamtproduktion Japans nur 209 000 t, von denen 100 000 t im Lande verbraucht und 118 000 t ausgeführt wurden. Die Industrialisierung Japans führte mit dem sich jährlich steigenden Bedarf der heimischen Industrie und Schiffahrt naturgemäß zum stärkeren Abbau der vorhandenen Kohlenfelder. 1894 stieg die Produktion bei einem heimischen Verbrauch von 2,6 Mill. und einer Ausfuhr von über 1,7 auf 4,3 Mill. t; die entsprechenden Zahlen für 1904 waren 8,5 resp. 2,9 und 10,8 Mill. t. Gesamtproduktion und Verbrauch in späteren Jahren und während des Krieges zeigen die nachstehenden Zahlen (in 1000 t):

	Gesamt- Produktion	Verbrauch in Industrie usw.	Verbrauch im Verkehr japan. Schiffe	Verbrauch im Verkehr fremde Schiffe	Eisen- bahnen
1909.....	15 048	10 129	2408	1259	1238
1913.....	21 316	14 924	3160	1567	1786
1917.....	26 361	20 707	4480	822	2400
1918.....	28 029	23 026	4776	500	2949
1919.....	31 271	—	—	—	—

Wie geringfügig die japanische Kohlenförderung ist, tritt besonders deutlich in Erscheinung, wenn man sie mit der anderer Industriestaaten vergleicht. Während Japan beispielsweise 1913 insgesamt 19,3 Mill. t Steinkohle förderte, betrugen die entsprechenden Zahlen für Deutschland fast 251, für England 264 und für die Vereinigten Staaten 450 Mill. t oder: die Gesamtförderung Altjapans beträgt heute nicht sehr viel mehr als unsere derzeitigen Jahreslieferungen an die Entente. Aber trotz dieser geringen Zahlen verursacht das Kohlenproblem in Japan heute schon große Sorgen, da nach Berechnungen

Sachverständiger auch ohne große Steigerung der Jahresproduktion die Kohlenvorräte Altjapans in etwa 30—50 Jahren erschöpft sein müssen, wenn nicht neue, wirklich abbaulohnende Felder entdeckt werden. Zwar verfügt Japan in allen seinen Teilen, besonders auf den Inseln Kyushu im Süden und Hokkaido im Norden über ausgedehnte Kohlenfelder, die nach Schätzungen japanischer Bergleute fast 8 Milliarden t Kohlen umfassen sollen, aber diese Schätzungen sind außerordentlich unsicher und auf sehr mangelhaften Unterlagen aufgebaut. Nach anderen Schätzungen sollen die vermuteten Kohlenfelder rund 1740 Mill. t enthalten, während nur etwa 370 Mill. einwandfrei festgestellt sind. Dazu kommt noch, daß die japanische Kohle, auch die der besten Qualität, mangelhaft ist, stark schlackt und nur geringe Heizkraft besitzt. Um die Erschöpfung der Kohlenlager möglichst hinauszuschieben, will man den Bedarf nach Möglichkeit einschränken. Für die Marine steht darum die Ölfeuerung und für die Eisenbahnen die Frage der Elektrisierung stark im Vordergrund des Interesses und praktischer Versuche, weil eben die Kohlenvorkommen Altjapans zu gering sind, um auf die Dauer den Anforderungen einer wirklichen Industrialisierung des Landes zu genügen.

Eine ausreichende Ergänzung seiner Kohlenvorräte hat Japan in seinem Kolonialgebiet, in Korea, nicht gefunden. Zwar wurden zahlreiche Bohrversuche unternommen und Schürfscheine ausgegeben, aber nur etwa 17 % der etwa 534 zählenden Kohlengruben werden wirklich betrieben. Die besten Kohlenfelder bei Pyengyang werden auf etwa 200 Mill. t geschätzt, doch ist die wirkliche Förderung dieser staatlichen Gruben nur gering. Sie betrug 1913 nur 118 393 und 1918: 140 773 t. Reicher und ergiebiger sind schon die Kohlenvorkommen in der Mandschurei, die in den bekannten Bergwerken von Fuschun und Yentai abgebaut werden und der Südmandschurischen Eisenbahngesellschaft gehören. Die Fuschunlager werden auf rund 800 und die von Yentai auf 200 Mill. t geschätzt. Die Ausbeute ist zwar jährlich gestiegen, ohne indes allzu erheblich ins Gewicht zu fallen. Sie betrug in 1000 t:

	1907	1910	1912	1913	1917
Fuschun...	233	898	1470	2185	2276
Yentai.....	—	15	43	95	114

Eine weitere Ergänzung erfuhren die Kohlenfelder Japans durch die Aneignung der ehemals deutschen Gruben in Schantung. In mehreren neuangelegten Schachten auf dem Fangstfeld gewannen die Japaner 1919 insgesamt 71 800 und 1920 etwa 130 000 t, während die Ausbeute der Schantung-Bergbau-Gesellschaft hier im Geschäftsjahr 1911/12: 205 185 t betrug. Bessere Kohlenvorkommen befinden sich bei Poschan; die dortigen Gruben förderten 1913 bereits 414 000 t. Bis Juli 1915 hatten die Japaner etwa 45 Mill. Kubikfuß Wasser durch Pumpen zu entfernen, ehe mit der Förderung wieder begonnen werden konnte, deren Gesamtmenge von 1916 bis November 1920 dann rund 2 272 000, also jährlich etwa 450 000 t betrug.

So gelang es also Japan, in den Gebieten am Golf von Chihli und am Gelben Meer, also in militärischer Schutzweite, Kohlenfelder zu erwerben und zu erschließen, die die dort ansässige japanische Industrie, die dort laufenden japanischen Bahnen und Schiffahrtslinien mit Kohlen versorgen und bei weiterem Ausbau und Steigerung der Produktion eine erwünschte Ergänzung der heimatischen Kohlenvorräte und einen wertvollen Aktivposten der japanischen Wirtschaft darstellen.

Die Ölfrage wurde für Japan im wahrsten Sinne des Wortes erst brennend während der letzten Jahre, als nach langjährigen Versuchen, vor allem aber unter dem Druck einer zunehmenden Kohlennot nach den Erfahrungen der englisch-amerikanischen Marine die ungeheure Bedeutung der Ölfeuerung für die Marine und Industrie klar zu Tage trat. Daß diese Frage in einem Lande noch besondere Bedeutung gewinnen mußte, in dem die Vorkommen wirklich guter, für Heizzwecke geeigneter Kohle an sich schon gering sind und das Rüstungsfieber zur See außerordentlich im Steigen begriffen ist, ist ohne weiteres verständlich. Nach Ansicht von Sachverständigen beträgt der Mindestbedarf der japanischen Marine zu Friedenszeiten schon zwischen 150 bis 170 000 t, während für Kriegszeiten für den Bedarf der Marine allein schon 1,4—2 Mill. t benötigt werden. Aber trotz größter Sparsamkeit wird Japan höchstens $\frac{1}{4}$ dieser Menge bereitstellen und zur Verfügung haben können, wenn, wie anzunehmen ist, die Einfuhr vom Ausland aufhört und sie wird naturgemäß sicher dann aufhören, wenn England und die Vereinigten Staaten auf der Gegenseite stehen.

Die Eigengewinnung an Öl, die 1874 zum erstenmal amtlich statistisch erfaßt wurde, betrug damals 3079 Koku zu je 180 Liter. Sie stieg in 20 Jahren 1894 auf 151 986 Koku, um dann infolge Gewährung zahlreicher Konzessionen, die durch eine 1900 in Naoetsu errichtete, aber bald wieder aufgegebene Niederlassung der Standard Oil Company einen starken Anstoß erhielten, sprunghaft in die Höhe zu gehen. 1903 betrug die Ausbeute 1 065 116, 1907 schon mehr als 1 500 000 und 1908: 1 826 972 Koku. Die Einführung neuer Methoden und amerikanischer Bohrmaschinen führte von 1912 an zu einer weiteren erheblichen Steigerung der Ausbeute. Von diesem Jahre an wurden jährlich erheblich über 2 Mill. Koku gewonnen und es schien begründete Aussicht, 3 Mill. Koku oder 540 Mill. l zu erreichen, doch trat gegen Ende des Krieges wieder ein Rückgang ein, wahrscheinlich weil die Ölgewinnung im Lande bei besseren Einfuhrmöglichkeiten für die vielen kleinen Gesellschaften wieder unrentabel wurde. Wie sehr Japan auf die Einfuhr von Öl angewiesen ist und wie die Einfuhr während des Krieges zum Stocken kam, zeigen die nachfolgenden Zahlen. 1907 wurden eingeführt an Lampenöl 1 474 478 Koku, während die jährliche Einfuhr während des Krieges ganz erheblich unter 1 Mill. fiel. Erst 1919 trat eine Besserung ein, indem die Einfuhr wieder auf 783 904 Koku stieg. Auch die Zahlen für Gasolin zeigten nach Kriegsende wieder steigende Tendenzen. Noch größer und kaum zu befriedigen ist die Nachfrage nach Schwerölen. Über die wirkliche Einfuhr liegen Zahlen nicht vor, weil beispielsweise die japanische Marine mit eigenen Tankschiffen Öl von Amerika und Borneo eingeführt hat, ohne daß Zahlen darüber veröffentlicht werden. Versuche der japanischen Regierung von Anfang dieses Jahres, 200 000 t Öl aus den Vereinigten Staaten oder England zu erwerben, sind aus begreiflichen Gründen fehlgeschlagen.

Bei der großen Bedeutung der Ölfrage ist es begreiflich, daß man in Japan nach einer anderen Lösung dieses schwerwiegenden Problems sucht. Durch Zusammenschluß der zahlreichen kleinen Gesellschaften will man größere Betriebsmittel für umfangreiche Bohrversuche schaffen. Die Monopolisierung der gesamten Erdölgewinnung wird lebhaft erwogen. Auf Formosa wurden für die Marine größere Bohrversuche in die Wege geleitet. Im Ministerium für Ackerbau und Handel beschäftigt sich eine Abteilung lediglich mit dem Heizölproblem. Praktische Schritte zur Sicherung der notwendigen Mengen Öl in reichbarer Nähe hat die japanische Regierung mit der Besetzung der

nördlichen Hälfte von Sachalin getan und diesen Schritt nach außen mit angeblichen Ersatzansprüchen an Rußland begründet. Man geht indes nicht fehl, daß die reichen Ölvorkommen dieses Gebiets den Besitz dieses Japan so benachbarten Landes als äußerst wünschenswert erscheinen lassen mußten, in einer Zeit, in der mit Rücksicht auf die politische Lage die wirtschaftliche Mobilisierung des Landes mit allen Mitteln erstrebt wurde.

Neben Kohle und Öl sind Eisen und Stahl die Sorgenkinder der japanischen Volkswirtschaft und Regierung. Die Industrialisierung Japans, die ganze Schiffsbauindustrie war bei dem dürftigen Vorrat an Eisenerzen letzten Endes ja nur möglich, infolge einer starken Einfuhr aus dem Auslande. Der Bedarf an Eisen und Stahl im Kriege gegen China hat zu einer starken Initiative auf dem Gebiet der Stahlerzeugung und Eisenproduktion geführt. Gleichwohl wurden noch 1900 erst 970 t Stahl im Lande hergestellt, denen eine Einfuhr von 288 816 t gegenüberstand, während Produktion und Einfuhr von Stabeisen sich mit etwa je 23 000 t das Gleichgewicht hielten. Die Entwicklung der Stahl- und Eisengewinnung in den letzten 20 Jahren ist außerordentlich bemerkenswert. Von 1901—1905 steigerte sich die jährliche Stahlausbeute um das Vierzigfache, um sich von da ab alle fünf Jahre zu verdreifachen. 1900 wurde noch nicht 1 % des heimatlichen Bedarfs im Inland gewonnen, 1902 waren es 15, 1911 schon 30 und 1913 33 %. Bei Beginn des Weltkrieges hatte die Heimproduktion den Betrag der Einfuhr erreicht, hatte also den Auslandsbedarf auf 50 % herabgedrückt.

1918 wurden im Lande 745 000 t Stabeisen gewonnen, gegenüber einer Einfuhr von 225 000 t, während 1918 die Stahlwerke Japans 792 400 (1920: 1 320 000) t Stahl erzeugten, gegenüber einer Einfuhr von 679 250 t. Die Stahlgewinnung geschah in erster Linie in staatlichen Stahlwerken, die 1915 267 361 t produzierten, gegenüber nur 16 741 t der privaten, meist altmodischen Familienwerke. Die ungeheure Bedeutung einer einheimischen Stahlgewinnung zeigte der Weltkrieg, der die Zufuhr aus England und Amerika außerordentlich stark einschränkte und der industriellen Betätigung schwere Fesseln auferlegte. Die Regierung suchte die Stahlgewinnung nach Möglichkeit zu fördern. Ein Gesetz versprach den Stahlwerken, die mehr als 35 000 t jährlich erzeugten, wesentliche Erleichterungen, wie unentgeltliche Landabgabe für die Anlage der Werke, freie Einfuhr von Rohmaterial, Werkzeugen und Maschinen, Freiheit von Steuern und anderen Auflagen. Schon im März 1919 waren, nicht zum letzten auf Grund dieses Gesetzes, rund 330 000 000 Yen in neuen Stahlwerken investiert und schon 1918 kam die Produktion der Privatwerke ungefähr der der staatlichen Stahlwerke gleich. 1919 war die Produktionsfähigkeit aller Werke rund 1 Mill. t, die man schon 1921 auf 1 563 800 t steigern zu können glaubt.

Ist so Japan auch auf dem besten Wege, sich in der Stahl- und Stabeisengewinnung durch Ausbau der vorhandenen und Anlage neuer Werke vom Bezug von England und Amerika allmählich unabhängig zu machen, so ist damit das eigentliche Eisenproblem für Japan noch nicht gelöst, das nunmehr in erster Linie ein Problem der Rohstoffe geworden ist. Altjapan ist außerordentlich arm an Eisenvorkommen. Die gesamten Eisenerzlager Altjapans werden auf 40 Mill. t geschätzt, betragen also etwa soviel, wie die Industrie der Vereinigten Staaten in etwa einem Jahr zu verarbeiten imstande ist. So mußte also seit Beginn der Industrialisierung, vor allem seit Erstarkung der Rüstungs- und Schiffsbauindustrie, Ziel und Aufgabe der japanischen Staatskunst sein, die notwendigen Eisenerzlager im Ausland zu erwerben und ihren ungestörten Abbau sicher zu stellen.

Daß dieses Ausland nur das asiatische Festland sein konnte, ist nach Lage der Dinge selbstverständlich. In zäher lang-jähriger Arbeit ist der japanischen Diplomatie und Finanz diese Aufgabe gelungen. Auf die Hanyeping-Eisen- und Stahlwerke in Hanyang-Hankou, den größten Eisen-, Kohlen- und Stahlwerken am mittleren Jangsse, ja in China überhaupt, hat Japan schon seit längeren Jahren durch ständige Gewährung von Anleihen den maßgebenden Einfluß gewonnen. In Korea stehen ihm bedeutende Eisenlager zur Verfügung, größere noch hat es in Penhsihu und bei Anshan in der Mandschurei erworben, in den Provinzen Anhui und Kiangsu hat es festen Fuß gefaßt und gekrönt hat es sein Ringen um Eisenerzfelder durch den mühelosen Erwerb der hochwertigen, ehemals deutschen Eisenerzfelder bei Chinlingchen in Schantung, die zum großen Teil in mühelosem Tagbau abgebaut werden können. So verfügt Japan zurzeit über folgende Eisenvorkommen, deren Ausbeute auch in Kriegszeiten nur zum Teil in Frage gestellt werden kann:

Eisenvorkommen in	Geschätzter Umfang in Mill. t	Eisenvorkommen in	Geschätzter Umfang in Mill. t
Altjapan	40	Hanyeping, Hupei	200
Korea	100	Taochung, Anhui	50
Penhsihu, Mandschurei. 80		Fenghuang, Kiangsu	40
Anshan, „ .. 200		Chinlingchen, Schantung 120	
		Zusammen.....	830

Wie sehr Japan auf Korea und China angewiesen war, zeigt die Tatsache, daß die Einfuhr von Eisenerzen aus diesen Gebieten die Ausbeute in Altjapan schon immer erheblich übertraf. Es betrug in 1000 t:

Die Ausbeute in Japan:				Die Einfuhr aus China u. Korea:			
1913	1911	1917	1918	1913	1915	1917	1918
153	119	229	82	372	511	418	364

Kohle, Öl und Eisenerze sind die unerläßlichen Voraussetzungen für die weitere Entwicklung der japanischen Industrie, für den Bestand und die Zukunft des japanischen Staates überhaupt. Für ihren Bezug in einem dem wirklichen Bedarf entsprechenden Umfang ist Japan vornehmlich auf China angewiesen, weshalb es in China, jedenfalls in weiten Teilen dieses Riesenreichs, eine unbedingte Vorzugsstellung beanspruchen zu müssen glaubt, die sowohl Amerika wie England ihm nicht länger zugestehen wollen. Nicht Japan und nicht die japanische Einwanderung nach den Ländern der weißen Völker sind die Streitpunkte im Fernen Osten, sondern China ist der Zankapfel der Nationen und nicht zum letzten Chinas Kohle und Eisen, die für Japan unentbehrlich scheinen.

Dr. F. W. Mohr

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

	Parität 19. 7.	Hamburg 19. 7.	Berlin 19. 7.	Amsterdam 19. 7.	Zürich 19. 7.
Berlin..... 100 M	100,—	—	—	4,08	7,80
Wien..... 100 K neu	85,—	10,37½	10,08	0,41	0,80
Budapest... 100 K	85,—	24,12½	23,72	—	1,80
Prag..... 100 K	85,—	100,—	99,40	—	7,75
Helsingfors. 100 F.M.	—	127,87½	126,85	—	—
Amsterdam. 100 fl	168,75	2437,50	2435,05	—	192,—
Kopenhagen 100 Kr	112,50	1170,—	1171,30	48,02	90,75
Stockholm.. 100 Kr	112,50	1608,75	1608,35	66,15	127,25
Kristiania .. 100 Kr	112,50	1005,—	999,—	40,50	79,25
Zürich..... 100 fr	81,—	1261,25	1266,20	52,15	—
Madrid..... 100 Pesetas 81,—	981,25	984,—	40,55	78,—	—
Barcelona... 100 Pesetas 81,—	981,25	984,—	40,55	78,—	—
Rom..... 100 Lire.....	81,—	347,75	342,65	14,05	27,10
Brüssel.... 100 fr	81,—	584,50	582,40	23,90	46,05
Paris..... 100 fr	81,—	600,50	596,90	24,52	47,05
London..... 1 £	20,43	276,25	276,75	11,36	21,85
New York... 1 \$	4,20	77,31	77,32	3,17	6,05
Buenos Aires 100 Pesos ..	—	—	—	—	175,—

	Wien 19. 7.	Prag 19. 7.	Paris 19. 7.	London 19. 7.	New York 19. 7.
Berlin..... 100 M	1070,50	—	16,62	277,—	1,29
Wien..... 100 K	—	—	—	—	—
Amsterdam. 100 fl	26375,—	—	408,50	11,35	31,62
Kopenhagen 100 Kr	12850,—	—	—	—	—

	Wien 19. 7.	Prag 19. 7.	Paris 19. 7.	London 19. 7.	New York 19. 7.
Zürich..... 100 fr ..	13662,—	—	212,—	21,83	—
Paris..... 100 fr ..	—	—	—	46,29	7,75
London..... 1 £ ..	—	—	46,25	—	3,54½ 60 tg.
New York... 1 \$..	—	—	12,97	3,59½	—

*) Die Notierungen in London werden angegeben in ausländ. Einheiten für 1 £

Abweichungen von der Münzparität in:

	Amsterd. 19. 7.	Zürich 19. 7.	Kopenh. 19. 7.	Stockh. 19. 7.	New York 19. 7.
Reichsmark.....	—93,11	—94,—	—90,27	—92,98	—94,58
Dt. österr. Krone	—99,19	—99,24	—	—	—
Französ. Frank..	—48,92	—52,95	—28,82	—51,21	—59,85
Pfund Sterling..	—6,19	—13,36	+29,95	—5,12	—25,72
Dollar.....	+23,80	+16,80	+77,51	+28,68	—

Londoner Notierungen überseeischer Kurse

	11. 7.	16. 7.
Alexandrien.....	97½ d	97½ d
Bombay/Kalkutta....	1s 3¼ d—1s 3¼ d	1s 3¼ d—1s 3¼ d
Hongkong.....	2s 7½ d—2s 8½ d	2s 8 d—2s 8½ d
Schanghai.....	3s 7 d—3s 8½ d	3s 8 d—3s 9 d
Singapore.....	2s 3¾ d—2s 3¾ d	2s 3¾ d—2s 3¾ d
Yokohama.....	2s 7½ d—2s 7½ d	2s 7½ d—2s 7½ d
Montevideo T.T.....	40½ d—41½ d	40½ d—41 d
Rio de Janeiro.....	6½ d—6½ d	7½ d
Buenos Aires T.T.....	43½ d—43½ d	43½ d—43½ d
Valparaiso 90 T.....	6½ d	6½ d

Neugründungen und Kapitalserhöhungen von A.-G. im Mai 1921

Namen, Ort	Betrag in 1000 M.	Ausgabe-kurs in %	Namen, Ort	Betrag in 1000 M.	Ausgabe-kurs in %	Namen, Ort	Betrag in 1000 M.	Ausgabe-kurs in %
Hochseefischerei Kapitalserhöhungen			Kapitalserhöhungen			Hohenlohe-Werke A.-G.,		
Altonaer Hochseefischerei A. G., Altona.....	3000	105	Buderus'sche Eisenwke. A.-G., Karlsruhe.....	16250	165	Hohenlohehütte	20000	1100
Erzbergwerke, Hüttenbetriebe			Hochhofenwerk Lübeck A.-G., Lübeck.....	13000	108	Kohlenbergbau Kapitalserhöhungen		
Neugründungen			Stosch & Schöneberg, A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb, Kirchen a. Sieg.....	10500	100	Hedwigshütte, Anthracit, Kohlen- und Kokswerke James Stevenson A. G., Stettin ..	5000	1)
Hüttenwerke Trotha A.-G., Trotha.....	5000	100				Niederlaus. Kohlenwke., Berlin	25000	2)

St = Stammaktien. V = Vorzugsaktien. 1) 2 Mill. M. St zu 150 %, 3 Mill. M. V zu 100 %. 2) 15 Mill. M. St zu 110 %, 10 Mill. M. V zu 100 %.

Namen, Ort	Betrag in 1000 M.	Ausgabe- kurs in %	Namen, Ort	Betrag in 1000 M.	Ausgabe- kurs in %	Namen, Ort	Betrag in 1000 M.	Ausgabe- kurs in %
Salz-, Kalibergbau			Eisenw. Nürnberg A.-G., vorm.			Rich. Klinger A.-G., Berlin..	3500	100
Kapitalserhöhungen			J. Tafel & Co., Nürnberg..	3000	120	Knorr-Bremse A.-G., Berlin .	50000	100
Consolidierte Alkaliwerke,			Eisenwerk Schafstädt Friedr.			Linke Hoffmannwerke A.-G.,		
Westregeln	8500	?	Schimpff & Söhne A.-G.,			Breslau	56000	11)
Kaliwerke Ammendorf-			Schafstädt	1000	100	Neckarsulmer Fahrzeugwerke		
Eisleben A.-G., Berlin	441	100	Fittingsfabrik, Stahl- u. Eisen-			A.-G., Neckarsulm	10000	110
Zement-, Kalk-, Gips-, Mörtelwerke usw.			gießerei Friedr. Edmund			Phänomenwerk. Gustav Hiller		
Kapitalserhöhungen			Gerhard Vogelsang A.-G...	1000	100	A.-G., Zittau	2000	100
A.-G. Johannes Jeserich, Berlin	3000	V105	F. W. de Fries, A.-G. für			Friedr. Richter & Co. A.-G.,		
Adler, Deutsche Portland-Ce-			Schrauben- u. Nietenfabrika-			Rathenow	2000	121
mentfabrik A.-G., Berlin...	3500	3)	tion, Hemer	1000	125	Karl Riesen A.-G., München		
Deut. Asphalt A.-G. d. Limmer			Gustav Genschow & Co., Berlin	2700	110	Sudenburger Maschinenfab. u.		
u. Vorwohler Grubenfelder	3500	4)	Josef Lehnert A.-G., Dresden	1000	100	Eisengieß. A.-G., Magdeburg	3000	115
Portland-Cementwerk			Mannesman Mulag, Aachen..	10000	100	Taschner Maschinenfabrik		
Alemania, Hannover	800	100	Metallwarenindustrie A.-G.			A.-G., Crefeld	1000	100
Portland-Cementwerke			Barmen früher Schaeffer			Wanderer-Werke vorm. Win-		
Schwanenbeck A.-G.	1000	100	Pinschen A.-G., Barmen...	4000	100	kelhofer & Jaenike A.-G.,		
Teutonia, Misburger Portland-			Meurersche A.-G. f. Spritzmet.			Chemnitz	1000	V105
Cementfabrik, Hannover ..	1800	100	u. Veredlung, Berlin	1050	100			
Marmor — Basalt — Schieferbrüche			Reichelt Metallschraub. A.-G.,			Musikwerke, Musikinstrumente		
Neugründungen			Finstervalde	4200	100	Neugründungen		
Kreidefabrik Prien A.-G.,			Schillerwerk Godesberg A.-G.,			Fрати & Co. A.-G., Berlin ...	1500	100
vorm. O. Blaschke, Prien..	500	100	Godesberg	800	100	Fabriken f. Uhren, Feinmechanik, photo-		
Chamotte-, Tonwarenfabriken, Ziegeleien			Sächs. Bronzwarenfabrik			graphische Apparate, Optik usw.		
Neugründungen			A.-G., Wurzen	100	V105	Neugründungen		
Mindener Kerament-Werke,			Maschin.- u. Armaturenfabr., Eisengieß. usw.			Dr. Siegfried Guggenheimer,		
Minden	1250	100	Neugründungen			Nürnberg	3000	100
Kapitalserhöhungen			„Asbern“ Maschinenfab. A. G.,			Kapitalserhöhungen		
Grohn Wandplattenfabrik			Augsburg	1000	110	W. Ludolph A.-G., Bremerhav.	2000	100
A.-G., Grohn	1000	100	Baumgarten & Co., Minden .	2500	100	Elektrotechnische Fabriken		
Louisenwerk, Thonindustrie			Clemens & Vogel A.-G.,			Neugründungen		
A.-G., Voigtstedt	1302	5)	Braunschweig	500	100	Bayer. Notruf A.-G., München	1000	108
Odenwalder Hartstein-Indu-			Hansa Automobil- u. Fahrzeug-			Eltax, Elektrotechnisch. A.-G.,		
strie, Darmstadt	200	V100	werke, Bremen	15000	100	Berlin	1200	100
Tonwaren-Industrie Wiesloch			Hansa Metallwerke A.-G.,			Fabrik elastisch. Glühkörper		
A.-G., Wiesloch	2650	6)	(Möhringen) Stuttgart	2000	100	A.-G., Berlin	1600	100
Ziegelwerke Ludwigsburg			Georg Harder Maschinenfab.			Kapitalserhöhungen		
A.-G., vorm. Granzenmüller			A.-G., Lübeck	2000	110	Fabrik isol. Drähte zu elektr.		
& Baumgartner, Ludwigsbg.	700	120	Maschinenfabrik Göggel A.-G.,			Zwecken vorm. Vogel, Berlin	14500	12)
Porzellanfabriken			München	1500	100	Faradit Isolierrohrwerke Max		
Kapitalserhöhungen			Mayer und Schmidt, Schleif-			Haas A.-G., Reichenhain ..	3000	103
Aelteste Volkstedter Porzellan-			masch.- u. Schmirgelwerke			Mix & Genest A.-G., Berlin .	12600	115
fabrik, Volkstedt	1000	V100	A.-G., Offenbach	6000	100	Römhild A.-G., Weimar	2400	100
Porzellanfabrik zu Kloster			Paulsen & Co. Maschinen- u.			Telephonfabrik A.-G. vorm.		
Veilsdorf, Kloster Veilsdorf	1500	100	Pflugbauwerke A.-G., Berlin			J. Berliner, Hannover	7500	13)
Glasfabriken, Spiegel			Hans Reisert & Co. Kommand-					
Neugründungen			Gesellschaft a. Aktien, Köln			Elektrizitätswerke		
Glasfabr. Alexanderhütte vorm.			Werkzeugmasch. u. Autobau			Neugründungen		
J. R. Heinz & Sohn, A.-G.,			A.-G., Leipzig	3000	100	Bayernwerk A.-G., München .	100000	100
Alexanderhütte	1600	100	Kapitalserhöhungen			Frankenwerk, Elektrotechn.		
Kapitalserhöhungen			Bayer Motorw. A.-G., München	6000	100	A.-G., Bamberg	1500	100
Deutsche Glas u. Spiegelfabr.			F. Dippe Maschinenfab. A.-G.,			Kapitalserhöhungen		
A.-G., Fürth, Alt-Ehrhardt	1200	125	Schleiden	1450	100	Jenaer Elektrizitätswke. A.-G.,		
Thüringische Glasiinstrument-			Dresdn. Maschinenf. u. Schiffs-			Jena	2000	100
Fabr. u. Lager A.-G., Ilmenau	400	100	wertf. Übingen A.-G., Dresd.	4000	125	Sächs. Elektrizitätswerke u.		
Aug. Walther & Söhne A.-G.,			Dürkoppwerke A.-G., Bielefeld	25500	8)	Straßenbahn A.-G., Plauen.	1250	100
Moritzdorf	1500	7)	Eisenbahnsign.-Bauanst. Max			Staßfurter Licht- u. Kraftwerk		
Metallverarbeitung			Jüdel & Co. A.-G.	12000	9)	A.-G., Staßfurt	3000	100
Neugründungen			Elitewagen A.-G., Berlin ...	2500	10)	Pfalzw. A.-G., Ludwigshafen.	7250	105
Kupfer u. Messingwk. Moosach			Elitewerk Brand, Erbsdorf..	5000	116	Fabriken für Chemikalien usw.		
A.-G., München	5000	100	Hermann u. Alfred Eschen			Neugründungen		
Oberschles. Drahtwke. u. Seil-			A.-G., Chemnitz	5000	100	Chem. Dentalwke. A.-G., Berlin	1000	100
fabriken, Hindenburg	5000	100	Fahrzeugfab. Düsseldorf A.-G.,			Chem. Fabrik Lubbe & Co.		
Kapitalserhöhungen			Düsseldorf	1200	100	A.-G., Hamburg	1000	100
A.-G. f. Federstahl-Industrie			Grade Motorw. A.-G., Madgeb.	2500	100	Johann Maria Farina, Zu den		
vm. Hirsch & Co., Cassel ..	300	V105	Carl Hamel, Schönanb. Chemn.	2500	110	drei Quasten, Köln	300	100
A.-G. Eisenhütte Westfalia,			Max Hasse & Co. A.-G., Berlin	2500	115	Rhein. Schamotte- u. Silika-		
Bochum	1600	110	Fr. Heffer Maschinenf. A.-G.,			werk A.-G., Henningen a. R.	4000	100
Fritz Andree & Co. A.-G., Berlin	750	115	Stuttgart	1000	100	Kapitalserhöhungen		
Berlin-Burger Eisenwk. A.-G.,			Hohenzollern A.-G. f. Loko-			Schering, Berlin	11000	14)
Berlin	10000	100	motivbau, Düsseldorf	9000	100	Chemische Fabrik Griesheim		
Eisenwerk Kaiserslautern,			Klein, Schanzlin & Becker			Elektron, Frankfurt	45000	107
Kaiserslautern	2400	100	A.-G., Frankenthal	7000	110	Chem. Fabrik Worms, Frankf.	5000	140

3) 2500 000 M. St zu 120 %, 1 Mill. M. V zu 100 %. 4) 3500 000 M. St zu 120 %, 2 Mill. M. V zu 100 %. 5) 1052 000 M. zu 110 %, 250 000 M. V zu 100 %. 6) 2450 000 M. zu 109 %, 200 000 M. V zu 100 %. 7) 1 Mill. M. zu 122 1/2 %, 500 000 M. V zu 100 %. 8) 10 500 000 M. zu 117 1/2 %, 15 Mill. M. V zu 104 %. 9) 4 500 000 M. St, 7 500 000 M. V zu 100 %. 10) 1 Mill. M. zu 100 %, 1 Mill. M. zu 110 %, 500 000 M. zu 120 %. 11) 30 Mill. M. zu 212 %, 26 Mill. M. zu 200 %. 12) 11 500 000 M. zu 130 %, 3 Mill. M. zu 140 %. 13) 5 Mill. M. zu 145 %, 2 500 000 M. zu 125 %. 14) 10 Mill. M. zu 150 %, 1 Mill. M. V zu 100 %.

Namen, Ort	Betrag in 1000 Mk.	Ausgabe- kurs in %	Namen, Ort	Betrag in 1000 Mk.	Ausgabe- kurs in %	Namen, Ort	Betrag in 1000 Mk.	Ausgabe- kurs in %
Chem. verein. Fabriken vorm. Weiler ter Meer, Uerdingen	10029	100	Baumwollspinnereien und -webereien			Bleichereien, Färbereien		
Chem. Werke Henke & Baertling A.-G., Bremen	1500	112	Kapitalserhöhungen			Kapitalserhöhungen		
Union, Fabrik chem. Produkte Königsberg	9000	100	A.-G. f. Spinnerei u. Weberei, Viersen	2400	105	Voigtld. Bleicher- u. Appret.- Anst. A.-G., Weißschlitz...	500	19)
Farben- und Bleistiftfabriken			Baumwollspinnerei u. Weberei Fürth v.m. H. C. Müller, Fürth	1000	100	Bekleidungsindustrie, Hüte, Schuhwaren		
Kapitalserhöhungen			Chemnitzer Akt. Spinnerei, Chemnitz	3300	100	Neugründungen		
Bleistiftfabrik vorm. Johann Faber	4400	15)	Mech. Weberei Zell A.-G., Zell Spinnerei Vorwärts A.-G., Brackwede	500	100	Plauener Wäschefabrik A.-G., Plauen	1000	100
Gaswerke			Spinnerei u. Weberei Mulda A. G., Mulda	2000	17)	Schuhfabrik Eugen Waller- stein, Offenbach	6000	100
Kapitalserhöhungen			Zwirnerei-, Nähfadenfabriken	500	100	Schuhfabrikations- u. Ver- triebs-A. G., Berlin	2000	100
Allg. Gas A.-G., Magdeburg	1500	115	Kapitalserhöhungen			Papier-, Pappen-, Zellulosefabriken		
Veithwerke A.-G., Sandbach	500	100	Geraer Strickgarnfabrik Geb. Feistkorn	1500	100	Neugründungen		
Düngerfabriken			Verschied. Spezialfabriken d. Textilindustrie			Kapitalserhöhungen		
Kapitalserhöhungen			Neugründungen			Zellstoffwerke Regensburg A.-G., Regensburg	20000	110
Bayer. Stickstoffwerke A.-G., München	12000	108	Ebinger Trikotwarenfabrik A.-G., Ebingen	3000	100	Kapitalserhöhungen		
Öl-, Seifen-, Wachs- und Leimfabriken			Tetra A.-G., Chemnitz	1000	110	A. G. Papierfabrikation, Cassel	488	105
Neugründungen			Textilverwaltung A.-G., Berlin	5	100	Aktienpapierfab. Regensburg, Regensburg	1000	100
Günther & Haußner A.-G., Chemnitz	1500	100	Webwaren A.-G. Köln, Köln	1000	100	Lederindustrie		
Haucke & Kuntze A.-G., Berlin	1500	100	Wollen- u. Seide A.-G., Frankfurt	2000	100	Neugründungen		
Kapitalserhöhungen			Kapitalserhöhungen			Angerer, Koch & Co., Wulfrath Mettmann	2500	100
Ölwerke Stern-Sonneborn A.-G., Hamburg	12000	16)	Cammann & Co. A.-G., Chemn. Mech. Seidenweberei, Viersen	1300	100	Berl. Lederhand. A.-G., Berlin	3000	100
Leinenindustrie			Seilerwaren, Treibriemen usw.			Lederhandels-A.-G., Frie- drichsdorf	3000	100
Kapitalserhöhungen			Kapitalserhöhungen			Kapitalserhöhungen		
Leinengarn-Spinnerei und Bleicherei vorm. Renner & Co., Rehrsdorf	1000	125	Mech. Bindfadenfabrik Ober- achern, Oberachern	1625	18)	Aachener Lederf. A.-G., Aachen	4000	150
						Badische Lederw., Karlsruhe	1000	100

15) 3 600 000 Mk. zu 150 %, 400 000 Mk. zu 100 %, 400 000 Mk. V zu 100 %. 16) 5 Mill. Mk. zu 110 %, 7 Mill. Mk. V zu 100 %. 17) 1 500 000 Mk. zu 120 %, 500 000 Mk. V zu 100 %. 18) 625 000 Mk. zu 120 %, 1 Mill. Mk. V zu 102 %. 19) 375 000 Mk. zu 110 %, 125 000 Mk. V zu 105 %.

Schifffahrt und Schiffbau

Weltschiffbau

Baubestand des Weltschiffbaues Ende Juni 1921. (Vgl. „W.-D.“ Jhrg. 1921: S. 44; 226.) Nach der Vierteljahrsstatistik von Lloyd's Register waren am 30. 6. 1921 an Handelsschiffen über 100 Br. R. T. auf den Werften der Welt (außer Deutschland) in Bau: 1318 Dampfer von 5 638 603 Br. R. T.
183 Motorschiffe „ 502 944 „
139 Segler „ 57 921 „
1640 Schiffe von 6 199 468 Br. R. T.

Am Ende des vorhergehenden Quartals zählte der Baubestand 1905 Schiffe mit 7086 766 Br. R. T. Es ist also während des letzten Vierteljahrs eine Verringerung der Neubautenzahl um 265, der Tonnage um 887 000 Br. R. T. erfolgt.

Auf die einzelnen Schiffbauländer verteilt sich der Baubestand wie folgt:

Länder	Dampfer Zahl Br. R. T.	Motorschiffe Zahl Br. R. T.	Segler Zahl Br. R. T.	Zusammen Zahl Br. R. T.
Großbritannien	715 3284912	57 241003	17 4132	789 3530047
Brit. Kolonien				
Kanada (Gr. Seen)	2 4803	—	—	—
„ (Küste)	24 82010	1 350	6 6960	62 177912
Australien	9 26799	—	2 3580	—
Hongkong	11 49500	1 150	2 910	—
Andere	3 2700	—	1 150	—
Ver. Staaten				
Atl. Küste	58 469364	4 24039	4 7200	102 717624
Golfküste	10 44741	—	—	—
Pazifikküst.	22 164200	2 6000	—	—
Große Seen	—	2 2080	—	—
Belgien	7 23165	—	—	7 23165
Brasilien	1 2170	—	—	1 2170
China	7 24698	—	—	7 24698
Dänemark	26 45700	17 63710	—	43 109410
Estland	—	5 1605	14 3585	19 5190
Finnland	7 5819	4 1305	3 980	14 8104
Frankreich	92 374178	2 8400	11 7875	105 390453
Griechenld.	1 900	1 600	—	2 1500
Holland	137 371684	11 17505	7 2200	155 391389

Italien (ein- schl. Triest)	Zahl	Br. R. T.	Zahl	Br. R. T.	Zahl	Br. R. T.	Zahl	Br. R. T.
Japan	45	229262	—	—	—	—	45	229262
Norwegen	45	63923	12	20976	2	475	59	85374
Portugal	4	1523	6	4700	30	9000	40	15223
Spanien	17	79919	—	—	1	150	18	80067
Schweden	19	33536	18	62075	7	1936	44	97547
Zus.	1318	5638603	183	502944	139	57921	1640	6199468

(a)	(b)	(c)
Darunter 1 Eisenbetonschiffe von	475 Br. R. T.	
(b) „ 3 „ „ „ 2600 „		
(c) „ 5 „ „ „ 5000 „		

Mehr als die Hälfte (etwa 57 %) der zurzeit vorhandenen Bautonnage entfällt auf die Werften Großbritanniens, etwa 11½ % sind in den Vereinigten Staaten, je 6 % in Holland und Frankreich, 5 % in Italien, 3½ % in Japan in Arbeit.

Die Veränderungen, die der Baubestand der einzelnen Länder im Laufe des letzten zwölfmonatlichen Zeitraums erfahren hat, werden aus folgender Aufstellung ersichtlich:

Länder	am 30. 9. 20 Br. R. T.	am 31. 12. 20 Br. R. T.	am 31. 3. 21 Br. R. T.	am 30. 6. 21 Br. R. T.
Großbritannien	3 731 098	3 708 916	3 798 593	3 530 047
Britische Kolonien	213 894	186 655	180 402	177 912
Vereinigte Staaten	1 772 193	1 310 312	1 102 672	717 624
Belgien	27 970	28 048	26 725	23 165
Brasilien	2 258	3 768	2 170	2 170
China	51 844	53 624	35 728	24 698
Dänemark	116 063	121 279	123 272	109 410
Estland	—	1 100	5 250	5 190
Finnland	—	5 150	8 291	8 104
Frankreich	292 608	397 969	427 186	390 453
Griechenland	1 500	1 500	1 500	1 500
Holland	423 400	450 964	417 693	391 389
Italien (inkl. Triest)	365 313	363 784	351 639	310 333
Japan	262 407	248 513	294 346	229 262
Norwegen	90 794	83 928	87 938	85 374
Portugal	2 590	2 350	14 379	15 223
Spanien	89 390	89 340	98 051	80 067
Schweden	121 849	122 579	110 931	97 547
Zusammen	7 515 171	7 179 778	7 086 766	6 199 468

Im Bau- und Auftragsbestand des britischen Schiffbaus, der trotz Konjunkturniedergangs bisher steigende Ziffern aufwies (obwohl eine Abnahme der tatsächlichen Bautätigkeit auch in Großbritannien seit längerem eingetreten war) ist ein Rückgang von etwa 268 000 Br. R. T. festzustellen. Wie bereits im vorhergehenden Quartal so umfaßt auch der diesmalige Bestand eine beträchtliche Tonnage, bei der infolge der verringerten Nachfrage nach neuem Schiffsraum, die Bauarbeit eingestellt worden ist, oder deren Fertigstellung durch Streiks, insbesondere durch den lang andauernden Ausstand der Kohlenarbeiter verzögert und auf spätere Zeit verschoben worden ist. Bei etwa 735 000 Br. R. T. ruht die Arbeit und bei weiteren 444 000 Br. R. T. ist die Fertigstellung hinausgeschoben. Man wird also den angegebenen Baubestand um etwa ein Drittel verkürzen müssen, will man ihn mit den Beständen normaler Zeiten vergleichen. Tatsächlich unter Konstruktion sind in Großbritannien zurzeit nur etwa 2 350 000 Br. R. T. Die gegenwärtige Stagnation des britischen Schiffbaus zeigt sich besonders in dem Rückgang, den die fertiggestellte Tonnage erfahren hat. Während zu Vorkriegszeiten durchschnittlich etwa 23 % der zu Beginn des Quartals im Bau befindlichen Tonnage innerhalb der drei Monate fertiggestellt werden konnte, ist dieser Prozentsatz im Jahre 1920 auf 13 % in den ersten sechs Monaten dieses Jahres auf 8 1/2 % gefallen. Die zu Wasser gelassene Neubautonnage bleibt hinter der des vorhergehenden Quartals um 112 000 Br. R. T. zurück. Es liefen vom Stapel:

1. Quartal 1920.....	131	Schiffe von	454 244	Br. R. T.
2. " "	165	" "	522 093	"
3. " "	244	" "	483 457	"
4. " "	176	" "	579 933	"
1. " 1921.....	131	" "	433 607	"
2. " "	100	" "	321 690	"

Begonnen wurde die Arbeit nur an 23 Neubauten von 69 028 Br. R. T., während im vorhergehenden Quartal noch zu 99 Schiffen von 392 877 Br. R. T. der Kiel gestreckt wurde.

Auf die verschiedenen Baudistrikte Großbritanniens verteilt sich der gegenwärtige Baubestand wie folgt: Glasgow hat 954 000, Newcastle 680 000, Belfast 356 000, Sunderland 328 000 und Greenock 293 000 Br. R. T. im Bau.

Über die Größe der Neubauten gibt folgende Aufstellung Auskunft:

Größe Br. R. T.	Anzahl der Neubauten Dampfer Motorsch. Segler	Größe Br. R. T.	Anzahl der Neubauten Dampfer Motorsch. Segler
100—500	88 17 17	6000—8000	108 16 —
500—1000	92 — —	8000—10000	48 8 —
1000—2000	77 6 —	10000—12000	6 — —
2000—3000	55 1 —	12000—15000	27 — —
3000—4000	62 3 —	15000—20000	24 — —
4000—5000	42 2 —	20000—25000	5 — —
5000—6000	80 4 —	25000—30000	1 — —
Zusammen		715	57 17

Etwa 28 % des britischen Baubestandes ist für fremde Besteller bestimmt und zwar sind im Bau für:

Anzahl	Br. R. T.	Anzahl	Br. R. T.
Argentinien....	7 9 145	Italien.....	4 58 500
Engl. Dominions	24 90 050	Japan.....	4 25 200
Belgien.....	5 17 060	Norwegen.....	55 201 663
Chile.....	4 18 400	Rumänien.....	1 3 550
Dänemark.....	8 29 295	Spanien.....	12 37 700
Frankreich.....	49 253 883	Schweden.....	1 5 170
Griechenland..	3 14 820	Verein. Staaten.	3 24 400
Holland.....	22 189 916	Zusammen	202 978 752

Frankreich, Norwegen und Holland sind also die hauptsächlichsten fremden Auftraggeber des englischen Schiffbaus. Rumänien erscheint neu in dieser Liste.

Wie in Großbritannien, so ist auch in fast sämtlichen anderen Schiffbauländern der Welt der Baubestand während des letzten Vierteljahres zurückgegangen. In den Vereinigten Staaten sind zurzeit nur 17 % der Tonnagen im Bau, die dort im März 1919 in Arbeit war.

An Tankdampfern und Tankmotorschiffen über 1000 Br. R. T. sind in der Welt (außer Deutschland) zurzeit 168 mit 1 151 578 Br. R. T. im Bau, davon 89 mit 585 980 Br. R. T. in

Großbritannien, 48 mit 388 868 Br. R. T. in den Vereinigten Staaten und 8 mit 58 980 Br. R. T. in Frankreich. In den Vereinigten Staaten besteht also mehr als die Hälfte der Bauproduktion aus Tankschiffen.

Von dem Weltbaubestand am 30. 6. 21 standen 4 236 000 Br. R. T. unter Bauaufsicht des Britischen Lloyd. A. K.

Vereinigte Staaten

Amerikanische Einwanderung im 1. Halbjahr 1921. Während des ersten Halbjahres 1921 sind über 350 000 Passagiere (Kajüts- und Zwischendecksfahrgäste) in den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten gelandet und 243 000 von dort nach überseeischen Zielen abgefahren. Der Vergleich mit den Ziffern des entsprechenden vorjährigen Zeitraumes ergibt für die Ankünfte ein Mehr von 123 000, für die Abfahrten ein Mehr von 10 000 Passagieren.

Der Anteil deutscher Fahrgäste an dem Passagierverkehr nach den Vereinigten Staaten war infolge der bisherigen Erschwerungen der Zulassung sehr gering. Es ist zu erwarten, daß mit der Beendigung des formellen Kriegszustandes zwischen beiden Ländern auch diese Schranken fortfallen. Das neue „Emergency Immigration Law“ bemißt die Höchstzahl der im Fiskaljahr 1921/22 (1. 7. 21 bis 30. 6. 22) zuzulassenden deutschen Einwanderer auf 68 038, das sind 233 % mehr als in Vorkriegszeiten. Bisher sind in der Passagierbeförderung zwischen deutschen Häfen und den Vereinigten Staaten folgende Linien tätig: die in Verbindung mit der Hamburg-Amerika Linie arbeitenden United American Lines, die mit dem Norddeutschen Lloyd verbündete United States Mail Steamship Co., die Royal Mail Steam Packet Co., die Cunard Line und die Baltic-American Line. A. K.

China

Schiffahrtssubventionen in China. N-merdings wendet man sich auch in China der Subventionierung der Schiffahrt zu. Nach vorläufigen Mitteilungen soll die Unterstützung in Form von Meilengeldern gezahlt werden. Schiffe auf großer Fahrt sollen 0,20 \$ je Tonne nach tausend zurückgelegten Meilen erhalten, solche in der einheimischen Küstenschiffahrt 0,10 \$ je Tonne. Diese Verordnungen bleiben für einen Zeitraum von fünf Jahren in Kraft. Für die Reeder ist hiermit natürlich die Erfüllung bestimmter Bedingungen verbunden. In Frage kommen nur solche Schiffe, die im chinesischen Schiffsregister eingetragen sind. Jene, in großer Fahrt, müssen aus Stahl gebaut und dürfen nicht älter als 15 Jahre sein, bei einer Mindestgröße von 4000 t und 11 Knoten Geschwindigkeit. Ebenso müssen die Schiffe in der einheimischen Küstenschiffahrt bei einer Mindestgröße von 2000 t und 10 Knoten Geschwindigkeit aus Stahl gebaut und nicht älter als 20 Jahre sein. Solche im internationalen Flußverkehr dürfen entweder aus Stahl oder Holz gebaut und nicht älter als 20 Jahre sein, müssen aber mindestens über 800 t Größe und 8 Knoten Geschwindigkeit verfügen. Bei jenen Schiffen, die älter als 10 Jahre sind, verringert sich die Unterstützung um 5 % mit jedem weiteren ablaufenden Jahre. In dem Falle, daß das Schiff von chinesischen Werften hergestellt ist, kann die Subvention um 5 % gesteigert werden. Ähnlich den Schiffahrtssubventionen anderer Länder sichert sich die Regierung ein gewisses Verfügungsrecht über die unterstützten Schiffe. Gegen eine Entschädigung an die Reeder will man die Schiffe zu Regierungskraften heranziehen können. Außerdem müssen sich die Reeder verpflichten auf ihren Schiffen, amtliche chinesische Post, sowie Post- und Schiffahrtsinspektoren zu befördern und Schüler der Mercantile Shipping Office anzustellen, während das Verkehrsministerium sich das Recht vorbehält, die Einrichtung von Funkstationen anzuordnen. Ohne Genehmigung des Ministeriums dürfen die subventionierten Gesellschaften weder in den Büros noch auf den Schiffen Ausländer beschäftigen. Schließlich müssen alle Fracht- und Passageraten von dem Ministerium gebilligt und diesem auf Verlangen geschäftliche Informationen vorgelegt werden. Bei Komplikationen, die sich aus diesen Bedingungen ergeben, steht den Reedern der Weg der gerichtlichen Schlichtung offen. Während der Subventionsperiode ist weder Verkauf noch Verpfändung der Schiffe an Ausländer gestattet. Ausnahmen sind nur unter ganz gewissen Bedingungen zulässig. L.